

Bielefeld, 24. Mai 2007

## **Antrag an das 33. Studierendenparlament der Universität Bielefeld**

*Das Studierendenparlament wolle beschließen:*

„Die Studierendenschaft der Universität Bielefeld lehnt den geplanten Neubau eines Kohlekraftwerks in der von den Stadtwerken geplanten Form ab. Jetzt durch eine Millioneninvestition für viele Jahrzehnte Bielefelds Stromsicherheit in Abhängigkeit von stetig knapper und teurer werdenden fossilen Energieträgern zu stellen, ist unverantwortlich. Schon in der Vergangenheit haben sich die Stadtwerke taub gestellt, wenn Einwände zu ihrer Beteiligung am Atomkraftwerk Grohnde erhoben wurden. Die neuen Pläne bringen nun das Fass zum Überlaufen. Es spricht Bände über die rückständige Energiepolitik, dass die Kapazitäten über den Bedarf von Bielefeld hinaus angelegt sind. Die Stadtwerke scheinen mit der Einrichtung eines Ökostromtarifs die Energiewende allein den EndverbraucherInnen überlassen zu wollen. Diese sollten sich nicht blenden lassen: Zwar zahlen sie 4,9cent mehr pro kW/h für Erneuerbare Energien, der Rest ihrer Rechnung fließt aber immer noch in ein Unternehmen, das Atom- und Kohlekraft für einen zukunftsfähigen Energiemix hält.

Wir fordern die Stadtwerke auf:

Beerdigen Sie die Pläne zum Bau des Kohlekraftwerks. Veröffentlichen Sie die genaue Kostenkalkulation, die ihren Plänen zu Grunde liegt und erstellen Sie unverzüglich alternative und dezentrale Konzepte zur Stromerzeugung. Bielefeld als Oberzentrum in einer ländlich geprägten Region bietet dabei interessante Möglichkeiten für einen breit gefächerten Energiemix: Wo ist die seit langem von Landwirten der Region geforderte regionale Biogasanlage? Wo sind die Pläne, massiv in Wind- und Solarparks zu investieren? Wo sind Machbarkeitsstudien zur Nutzung von Geothermie in Bielefeld? Wo sind die Planungen zur Einrichtung eines virtuellen Kraftwerks? Diese und weitere Fragen müssen fundiert beantwortet werden, bevor Investitionen geplant werden.

Wir fordern den Stadtrat auf:

Schieben Sie den Planungen einen Riegel vor und lassen Sie sich nicht unter von den Stadtwerken künstlich erzeugten Zeitdruck setzen. Die Entscheidung, wie die Energieversorgung Bielefelds für die nächsten Jahrzehnte gesichert wird, ist zu wichtig, um sie noch vor der Sommerpause durchzusetzen. Fordern Sie unabhängige Gutachten ein, die regenerative Energieerzeugungskonzepte für Bielefeld diskutieren.

Sollten die Stadtwerke hier nicht einlenken bitten wir hiermit den AStA die Politik der Stadtwerke hochschulöffentlich bekannt zu machen und eine umfangreiche Kampagne zu erstellen, die Studierende zum Wechsel zu Ökostrom-Anbietern auffordert.

Unsere VertreterInnen im Verwaltungsrat des Studierendenwerks bitten wir in diesem Fall, dafür zu sorgen, dass deren Einrichtungen, insbesondere Wohnheime, in Zukunft ihren Strom von alternativen Stromanbietern beziehen. Verbunden mit intensiven Beratungsangeboten und ggf. einfachsten baulichen Maßnahmen – warum ist in fast allen Wohnheimen der Herd direkt neben dem Kühlschrank installiert? – muss dies angesichts der geringen Preisunterschiede nicht zu einer Verteuerung der Lebenshaltungskosten führen.“